

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 26.02.2014 um 19:00 Uhr im Kolleg I, Stadthalle Gelnhausen.

## **Anwesende Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses**

- Jürgen Degenhardt (Vorsitzender)
- Ewald Desch
- Walter Dreßbach
- Norbert Fuchs
- Pia Horst (in Vertretung für Herbert Böhmer)
- Christian Litzinger
- Ottmar Schüll
- Hendrik Silken
- Karl-Heinz Stadler (in Vertretung für Adrian Kaletta)
- Bernd Wietzorek

## **Weitere Anwesende:**

- Günther Kauder (Verwaltung)
- Marcel Pipa (Verwaltung)
- Michael Schwaab (Verwaltung)
- Bürgermeister Thorsten Stolz

## **Schriftführerin:**

Christine Schuster

Der Vorsitzende Jürgen Degenhardt begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 1 berichtet Bürgermeister Thorsten Stolz über die aktuellen Änderungen im Haushaltsentwurf und über die Umsetzung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen im Doppelhaushalt 2014/15. Er stellt die Ergebnisse aus der Magistratsondersitzung vom 25.02.2014 vor und berichtet, dass für das Jahr 2014 keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer geplant ist.

Aufkommende Fragen werden seitens der Verwaltung beantwortet.

**TOP 1**  
**Beratung und Beschlussfassung Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für die Haushaltsjahre 2014/2015**

**Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplan**

Die Anträge der einzelnen Fraktionen werden chronologisch ihres Einganges im parlamentarischen Büro besprochen.

- Anträge Ortsbeirat Gelnhausen-Roth

**1. Sanierung Gehsteig entlang der L 3333**

Herr Dressbach erläutert die Situation vor Ort und nennt Gründe für eine Sanierung. Die Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen kündigen an, dass sie diesem Antrag nicht zustimmen werden. Der Antrag wird im Haupt- und Finanzausschuss nicht beschlossen, da diese Maßnahmen nach Maßgabe der EKVO in den nächsten zwei Jahren behandelt werden.

**2. Anbau an Kinzighalle zwecks Lagerung der beweglichen Bühne**

Beschluss:

Mit 3 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

- Anträge der Fraktion CDU

**1. Die CDU Fraktion stellt zum Haushalt 2014 – Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wirtschaftliche Betriebe – den nachfolgenden Antrag:**

Die Abfuhr der Altpapiertonne („Blaue Tonne“) erfolgt ab sofort für Privathaushalte kostenlos. Eine entsprechende Änderung der Gebührensatzung ist durch den Magistrat umgehend durchzuführen.

Dieser Antrag wird vom Änderungsantrag der Fraktionen SPD und BG abgelöst.

- Anträge der Fraktionen SPD und BG

**1. Änderungsantrag zum CDU-Antrag „Blaue Tonne“**

Unter der Voraussetzung, dass es auch in den Haushaltsjahren 2014/2015 Mehrerlöse aus der Altpapiervermarktung gibt, die der Gebührenausrücklage zugeführt werden können, wird der Magistrat beauftragt, zum Jahreswechsel 2015/2016 eine Rückzahlung der Müllgebühren vorzubereiten. Die genaue Höhe der Rückzahlung ist dann entsprechend festzulegen.

Beschluss:

Es wird einstimmig beschlossen, den Antrag der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen.

- Anträge der Fraktion FDP

**1. Antrag Gestaltung Eingang Müllerwiese**

Herr Silken nennt Gründe zur Antragsstellung und erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

**2. Antrag Bürgerentscheid zur zukünftigen Finanzierung des Stadtbusses**

Dieser Antrag wird auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung im April verlegt.

### **3. Antrag Verkauf Lambertusgasse 4 a**

Herr Silken erläutert die Vorlage und begründet die Antragsstellung. Herr Bürgermeister Stolz erklärt die Lage seitens der Stadt und erläutert die Problematik bei Verkauf dieser Liegenschaft. Er nennt Gründe, die dafür sprechen, die Liegenschaft nicht zu veräußern.

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

- Anträge der Fraktion CDU

### **2. Die Stelle eines hauptamtlichen Ersten Stadtrates (B 2) und die zugeordnete Vorzimmerstelle (TVÖD) werden gestrichen.**

Herr Degenhardt erläutert die Gründe zur Antragsstellung und zieht den Antrag zurück.

- Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

### **1. Anhebung der Parkgebühren im gesamten City- und Oberstadtbereich um 100 Prozent von derzeit 50 Cent auf 1 Euro pro 30 Minuten.**

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

### **2. Einrichtung eines Eigenbetrieb „Parkplätze und öffentliche Fläche“.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen und an den Verkehrsausschuss verwiesen.

### **3. Keine Erweiterung der Parkierungsfläche „Auf der Bleiche“**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen, da der Magistrat bereits tätig geworden ist.

### **4. Das wilde und ungeordnete Parken besonders während der Unterrichtszeiten rund um die beruflichen Schulen (diesseits und jenseits der Kinzig), im Bereich des Grimmelshausen-Gymnasiums und der Kreisrealschule ist durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden // Parken auf dem Uferweg kostenpflichtig gestalten.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen und an den Verkehrsausschuss verwiesen.

### **5. Gleiches gilt für die Parkplätze hinter dem Hallenbad sowie vor dem Sportstadion. Die Erhebung von Parkgebühren durch das Aufstellen von Parkscheinautomaten oder das Einrichten von Park- und Halteverbotszonen auch in den Straßen südlich der Beruflichen Schulen ist zu prüfen wie ebenso in den Bereichen rund um das Grimmelshausen-Gymnasium und die Kreisrealschule.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen und an den Verkehrsausschuss verwiesen.

### **6. Keine Sonderparkplätze auf städtischen Flächen z. B. für Lehrer und Schüler zu reduzierten Tarifen.**

Herr Bürgermeister Stolz erläutert Gründe, die für Sonderparkplätze sprechen. Es bestehe ein Kontingent von 130 Plätzen für die beruflichen Schulen, zu einem Preis von 18,00 Euro statt 21,00 € im Monat. Dies gilt ohne Reservierung für Parkplätze auf der Bleiche und bei dem Discountmarkt Netto.

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

**7. Einrichtung weiterer gebührenpflichtiger Kurzzeit-Parkplätze bzw. Anwohnerparkzonen und ansonsten Parkverbotsbereiche und Abschaffung der Parkscheibenerlaubnis im City- und Innenstadtbereich. Dies vor allem in der gesamten Oberstadt. So z. B. in der Röther Gasse (ab Schützengraben, Richtung Langgasse) auf dem Obermarkt (keine Parkscheiben) und im Kapellenweg und weitere.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen und an den Verkehrsausschuss verwiesen.

**8. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs durch Hilfspolizisten muss mehrmals am Tag und bis zum Ende der gebührenpflichtigen Zeit auch am selben Parkplatz durchgeführt werden. Es sind zwei weitere Hilfspolizistinnen bzw. -polizisten einzustellen, die bei konsequenter und permanenter Anwendung der Straßenverkehrs- und Parkgebührenordnung, die Mehrausgaben ihrer Personalstelle durch entsprechende Mehreinnahmen wieder rechtfertigen werden.**

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

**9. Anhebung der Jahresgebühr für das Anwohnerparken um 100 Prozent im City- und Oberstadtbereich.**

Herr Bürgermeister Stolz erklärt, dass die derzeit festgesetzten Gebühren bereits im Maximum liegen und daher nicht mehr erhöht werden können.

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**10. Reduzierung der fast täglichen Reinigung aller Parkierungsflächen (besonders „Bleiche“ und „Escher“) durch Kehrmaschinen und Einsatzkräfte auf einmal die Woche.**

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

**11. Anhebung der Eintrittspreise für Hallen- und Freibad um 25 Prozent, unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**12. Anhebung der Fahrpreise im Stadtbusbereich um 25 Prozent, unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**13. Anhebung der Mieten für die Stadthalle und die Bürgerhäuser um 25 Prozent sowie Standmieten bei Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen, wie z. B. Stadtfest und Weihnachtsmarkt.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**14. Höhere Kostenbeteiligung der Vereine und Verbände und dem Stadtmarketing- und Gewerbeverein von mindestens 25 Prozent bei öffentlichen Veranstaltungen, wie z.B. dem Schelmenmarkt und Barbarossamarkt.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**15. Mieterhebung bei Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsflächen z. B. zur Betreibung einer Außengastronomie oder Warenangebot vor dem Geschäft (sog. Außenbereichssatzung).**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen, der Magistrat arbeitet bereits an dieser Thematik.

**16. Reduzierung der Straßenbeleuchtung sowie der Bestrahlung der öffentlichen Gebäude und Kirchen um 25 Prozent.**

Der Antrag wird vom Antragssteller wie folgt geändert: Die Bestrahlung von öffentlichen Gebäuden soll eine Stunde früher heruntergefahren werden. Eine Probephase von einem halben Jahr (Straßenbeleuchtung ausgenommen) soll die eingesparten Kosten nachweisen.

Beschluss:

Es wird einstimmig beschlossen, diesen Antrag von einem Haushaltsantrag in einen Prüfantrag umzuwandeln und ihn an den Magistrat zu übergeben.

**17. Kostenbeteiligung der Sportvereine bei der Benutzung städtischer Einrichtungen und Anlagen sowie Gerätschaften bzw. Erbringung von Eigenleistung zur Pflege und Instandhaltung der Sportanlagen und –geräte // Kosteneinsparung durch sparsamen Gebrauch von Strom und Wasser.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**18. Anhebung der Gebühren um 25 Prozent für das exklusive Recht zum Aufstellen von Textil- und Schuhcontainer im Stadtgebiet durch das Rote Kreuz und den Malteser Hilfsdienst, solange sie mit zertifizierten Verwertern zusammenarbeiten.**

Die Anhebung der Gebühren wurde bereits im Magistrat beschlossen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

**19. Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer und der Spielapparatesteuer**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**20. Verschiebung der Straßenbaumaßnahme „Alter Graben“ bis nach der Fertigstellung beider Apartmenthäuser und der Sontheimer-Villa, u. a. wegen erneuter Straßenschäden durch Baufahrzeuge.**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**21. Verschiebung der Baumaßnahme Hexenturm um zwei Jahre**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**22. Verschiebung der Baumaßnahme Kulturherberge um zwei Jahre**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen. Der Magistrat hat hierzu bereits einen Sperrvermerk beschlossen.

**23. Verschiebung der Baumaßnahme Rosengärtchen um zwei Jahre**

Der Antrag wird vom Antragssteller wie folgt geändert: Anbringung eines Sperrvermerks und Ausführung der Baumaßnahme Rosengärtchen nur mit Finanzierung aus Fördermitteln.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

**24. Verschiebung der Baumaßnahme Eingangsbereich Müllerwiese/Bleiche um zwei Jahre**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen, es existiert bereits ein Magistratsbeschluss zu dieser Thematik.

**25. Verteilung der Ausgaben für die Stärkung der touristischen Infrastruktur auf zwei Jahre**

Der Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**26. Weiterführung und Ausbau des Bürgerhaushalts, um die Anfangsschwierigkeiten zur Veröffentlichung und Verbreitung in der Bevölkerung zu überwinden.**

Beschluss:

Mit 1 Ja-Stimme bei 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

**Beschluss TOP 1 nach Behandlung der Haushaltsanträge:**

Mit 5 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen wird einstimmig beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für die Haushaltsjahre 2014/2015 inklusive der Änderungsliste des Magistrates sowie der beschlossenen Änderungsanträge der Fraktionen zu beschließen.

**TOP 2**

**Beratung und Beschlussfassung der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2014 – 2017**

**Beschluss:**

Mit 5 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen wird einstimmig beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2014 – 2017 zu beschließen.

**TOP 3**

**Beratung und Beschlussfassung Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebs Wirtschaftliche Betriebe**

Herr Schwaab erläutert, dass analog zum beschlossenen Haushaltsplan der Stadt Gelnhausen (Senkung der Betriebshofleistungen im Produkt Öffentlicher Anlagen) 50.000 Euro bei den Personalkosten im Entwurf des Wirtschaftsplans gesenkt werden müssen.

Aufkommende Fragen werden seitens der Verwaltung beantwortet.

**Beschluss:**

Mit 9 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird einstimmig beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, den Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebs Wirtschaftliche Betriebe inklusive der Senkung der Personalkosten in Höhe von 50.000 Euro zu beschließen.

**TOP 4**

**Mitteilungen und Anfragen**

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 21:10 Uhr.

Gelnhausen, den 03.03.2014

---

Jürgen Degenhardt  
Vorsitzender Haupt- u. Finanzausschuss

---

Christine Schuster  
Schriftführerin